

18.7.1918

58

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 g Abendblatt 50 g Reklamen
 1.50 Abendbl. 1.30 —, 30% Teuerungszuschlag
 Stellungsangebote 10% Teuerungszuschlag. Familien-
 anzeigen Sonderart Platz- u. Datenvorschr. ohne
 Verbindlich. — Anzeigen nehmen an Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M. Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
 str. 30 Mainz Schillerpl. 2. Straß. 16/18.
 Dresden A. Waisenhausstr. 28. München Pernstr. 2.
 Osnabrück Biebrerstr. 34. Stuttgart Poststr. 7. Zürich
 Nordstr. 63. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4436

Genossenschaftliche Erfassung der Nahrungsmittel.

Ein gefährlicher Vorschlag.

Von einem hervorragenden landwirtschaftlichen Sach-
 kenner erhalten wir die nachstehenden Ausführungen:

Unsere Freunde von der landwirtschaftlichen Seite, die
 im Kriege ihre Vorliebe für den freien Handel entdeckten
 und insolgedessen, wie Herr v. Oldenburg bekundete, eben
 diesem Handel alles abgaben, was sie ihm früher in die Schuhe
 geschoben hatten, finden, daß unsere Ernährungswirtschaft
 überhaupt nicht auf ein System aufgebaut sei, sondern ein
 buntes Gemisch darstelle. Nachdem diese Melodie seit
 einem Jahr und mehr in allerlei Varianten erklungen ist,
 hält man es für an der Zeit, dem Volke zu verstehen zu geben,
 daß man gescherzt habe, daß der Handel und überhaupt die
 Konkurrenz in Zukunft in dem Verkehr zwischen Pro-
 duzenten und Abnehmern nichts mehr zu
 suchen habe. Das ist der Sinn des Vortrages des
 Bundes der Landwirte und der auf Geheiß des
 Bundes einschwenkenden landwirtschaftlichen Ge-
 nossenschaften.

Diese Korporationen, zu denen sich bedauerlicherweise auch
 die Bauernvereine und die Deutsche Landwirtschafts-Gesell-
 schaft gesellt haben, verlangen, wie wir bereits mitgeteilt
 haben, eine Umänderung unseres Ernährungssystems dahin,
 daß der Unterbau der Erfassung der landwirtschaftlichen Er-
 zeugnisse ganz den Genossenschaften ausgeliefert und der
 Kommunalverband als Geschäftsträger ausgeschaltet werde.
 Die Uberschüsse, die der Kommunalverband jetzt unter Um-
 ständen erreicht, und die er in gemeinnütziger Weise ver-
 wendet, sollen also in Zukunft den Genossenschaften und ihren
 Mitgliedern zufallen.

Der Vorschlag geht davon aus, daß die jetzige Organisa-
 tion die vorhandenen Lebensmittel nicht voll erfasse, weil es
 an dem Ausbau nach unten fehle, und daß der behördliche
 Zwang produktionshemmend wirke. Die landwirtschaftlichen
 Verbände schlagen daher eine gemeinbeweise Organisation
 vor, in welcher für die Erzeuger „Gelegenheit zu freiwilliger
 Mitarbeit gegeben ist“. Als Geschäftsstelle soll in der Einzel-
 gemeinde die Genossenschaft dienen; wo eine solche nicht vor-
 handen ist, sind Geschäftsstellen einzurichten, an welche die
 Erzeuger zwangsweise anzuschließen sind. Die Vorteile eines
 derartigen genossenschaftlichen Unterbaus sollen in der Sicher-
 ung der geschäftlichen Abwicklung, in der Entlastung der
 Kommunalverbände, in der besseren Erfassung der landwirt-
 schaftlichen Erzeugnisse und in einer günstigen Einwirkung
 auf die Erzeugung bestehen. In jeder Gemeinde soll ein
 Dreimännerkollegium mit einem Landwirt als Führer die
 Einschätzung der Landwirte zur Umlage, die Kontrolle der
 Ackerbestellung übernehmen, während der Genossenschaftsleiter
 als Geschäftsführer der Abkieserstelle fungiert.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zweifel-
 los einer der stärksten Hebel zur wirtschaftlichen Hebung der
 ländlichen Bevölkerung kleinbäuerlichen Charakters gewesen;
 es erstreckt sich deswegen auch allseits größter Verschätzung,
 und es ist angesichts der Geschäftsgewandtheit, die sich diese
 Genossenschaften im Laufe der Zeit erworben haben, durch-
 aus zu verstehen, daß sie selber den Wunsch zur Mitarbeit
 in der Ausbringung der Erzeugnisse haben. Ein derartiger
 Plan war auch durchaus diskutabel und wird aus Verbrauchers-
 kreisen im Interesse der direkten Verständigung zwischen Er-
 zeuger und Verbraucher unterstützt, so von der Berliner Deuts-
 chen Wirtschaftsvereinigung und sogar von sozialdemokratischer
 Seite, wie ein Artikel in Nr. 13 der „Leipziger Volkszeitung“
 beweist. Für den vorliegenden Plan ist jedoch der Name
 der Genossenschaft nur die äußere Verbrämung, hinter dem
 sich die Ausnutzung der Genossenschaften für partei-
 politische Zwecke verbirgt. Der Kern des Plans ist
 eben weder die Förderung des eigentlichen Genossenschafts-
 wesens noch eine bessere Erfassung der Erzeugung, sondern
 mehr die Schaffung neuer ländlicher Körperschaften zunächst
 mit Zwangscharakter, die unter der Regie des Bundes der
 Landwirte und unter dessen politischer Führung stehen. An
 der Hand dieser Organisation, die durch staatlichen Zwang in
 den Sattel gesetzt ist, würde es dann gelingen, für den Frieden
 ein Warenabsatzmonopol landwirtschaftlicher Er-
 zeugnisse zu schaffen, bei dem der Handel vollkommen ausge-
 schaltet und der Verbrauch diesem Monopol ausgeliefert wird.
 Das ist auch vom Handel sehr wohl erkannt und bereits
 aller Orten in einen Abwehrkampf gegen diese Gedanken
 eintritt. Wenn es sich um ein zwingendes vaterländisches
 Interesse für die Kriegsführung dabei handelte, müßten alle
 anderen Rücksichten zurücktreten.

Daß dem aber nicht so ist, zeigt eine einfache Ueber-
 legung. Für das laufende Wirtschaftsjahr bis zur neuen
 Ernte läßt die neue Organisation überhaupt nicht in Frage.
 Sie würde also, wenn es, was durchaus zu bezweifeln ist,
 bis zum Herbst gelungen wäre, sie einigermaßen auf die